

8. Mai 2019 – Tag der Befreiung Gegen jeden Nationalismus - für antifaschistische Solidarität!

Der 8. Mai ist der Tag der Befreiung, an dem Nazideutschland besiegt wurde und der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende ging. Doch durch die militärische Niederlage Deutschlands wurde die verbrecherische Ideologie des Nationalsozialismus nicht endgültig besiegt. Mit großer Sorge beobachten wir das Erstarren rechter bis faschistischer Bewegungen und Parteien in ganz Europa und darüber hinaus. Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Homophobie breiten sich überall aus, in Italien, Österreich, Ungarn und Polen stellen rechtsextreme Parteien bereits die Regierung. In Deutschland hat sich mit der AFD eine rechtsextreme Partei etabliert, deren Nähe zum Nationalsozialismus immer deutlicher wird.

Einen Grund für das Wiedererstarren faschistischer Parteien und Bewegungen sehen wir darin, dass die Verbrechen Nazideutschlands und seiner Verbündeten nicht einmal zu den notwendigsten Konsequenzen führten. Die meisten Täter wurden nicht bestraft, die meisten Opfer erhielten keine Entschädigung. Reparationen an die ehemals von Deutschland besetzten Länder wurden nur in geringem Ausmaß gezahlt. Nicht zuletzt dieser Tatsache verdankt die Bundesrepublik Deutschland ihren politischen und ökonomischen Aufstieg nach dem Zweiten Weltkrieg, während Länder wie Griechenland noch Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg unter den Folgen der deutschen Besatzung leiden. Niemals hat die Bundesrepublik Deutschland Bereitschaft gezeigt, für dieses Unrecht die Verantwortung zu übernehmen, im Gegenteil.



Wenn deutsche Politiker heutzutage Griechenland besuchen, wird zwar pflichtschuldig auch der Opfer deutscher Verbrechen während der Besatzung gedacht. Doch mit der gleichen Selbstverständlichkeit wird die Forderung nach Entschädigung für diese Verbrechen zurück gewiesen. So ist es deutscher Brauch. Das Gedenken darf nichts kosten. Nur ein sehr kleiner Teil der griechischen Opfer erhielt von bundesdeutscher Seite finanzielle Leistungen, von Entschädigungen zu sprechen verbietet sich angesichts der geringen Summen, die Anfang der 1960er Jahre an Griechenland gezahlt wurden. Und dennoch ist sich die deutsche Regierung nicht zu schade, immer wieder zu erklären, dass damit alles abgegolten sei.

Im Rahmen der "Europawoche" zeigt das Metropolis Kino in Hamburg am 9. Mai um 17 Uhr den Film "The Balcony - Memories of Occupation" von Chrysanthos Konstantinidis.

"The Balcony" ist die Geschichte eines der furchtbarsten NS-Verbrechen in Griechenland zur Zeit der deutschen Besatzung. Lingiades, ein Bergdorf im Epirus, wird wegen seiner Aussicht auch "der Balkon von Ioannina" genannt. Das Dorf wurde am 3. Oktober 1943 als "Vergeltungsmaßnahme" für den von Partisanen getöteten Wehrmacht-Kommandeur Josef Salminger mit Maschinengewehren beschossen und anschließend fast vollständig niedergebrannt. Bei dem folgenden Massaker wurden 82 Menschen grausam ermordet, darunter 34 Säuglinge und Kinder, nur eines überlebte schwer verletzt.

Keiner der Täter wurde je zur Verantwortung gezogen.

Bundespräsident Gauck, der Lingiades am 7. März 2014 im Rahmen eines Staatsbesuchs besuchte, bat im Namen Deutschlands zwar um Verzeihung, bezeichnete das Massaker als „brutales Unrecht“ und sprach von der „Verpflichtung“, dass die deutschen Gräueltaten nicht in Vergessenheit geraten dürften - Entschädigungsforderungen für Verbrechen an der Zivilbevölkerung wies er aber zurück.

Griechenland hat gerade ein weiteres Mal die Zahlung von Reparationen gefordert und erwägt die Durchsetzung mit rechtlichen Mitteln, wenn Deutschland bei seiner Verweigerungshaltung bleibt. Am 17. April 2019 wurde vom Griechischen Parlament der Bericht des „Interfraktionellen Parlamentarischen Ausschusses zur Geltendmachung der Forderungen aus deutschen Verbindlichkeiten für die Besatzungsschäden“ verabschiedet und die Geltendmachung von Reparationszahlungen gegen Deutschland in Höhe von ca. 290 Milliarden Euro beschlossen. Die griechische Regierung wurde beauftragt, in einer diplomatischen Note die Reparationsforderung der Bundesregierung Deutschlands bekannt zu geben. Die Bildzeitung versuchte sich sofort in der Organisierung deutscher Empörung mit dem Titel „Die irre Reparationsforderung der Griechen“. Tatsächlich ist die Forderung nicht irre, sondern sehr real und rechtlich begründet.

Der Fall Distomo

Distomo, eine mittelgriechische Ortschaft, in der deutsche Soldaten am 10. Juni 1944 ein Massaker an der Bevölkerung anrichteten und 218 Menschen ermordeten, begeht dieses Jahr den 75. Jahrestag zum Gedenken an dieses Verbrechen. Deutschland wurde schon 1997 vom Landgericht der Provinzhauptstadt Levadia rechtskräftig zu einer Entschädigungszahlung von ca. 28 Mio. Euro an die Opfer und Hinterbliebenen der Ermordeten von Distomo verurteilt. Aber Deutschland zahlt bis heute seine Schulden nicht. Mit allen Mitteln hintertreiben die jeweiligen Bundesregierungen die Zahlungsverpflichtung.

Doch ist der juristische und politische Kampf um die Entschädigung noch nicht zu Ende. Im Fall Distomo dauert er nun schon 24 Jahre, seitdem die erste Klage gegen Deutschland eingereicht wurde. Italienische Gerichte haben bereits mehrfach entschieden, dass das griechische Distomo-Urteil in Italien gegen deutsches Staatseigentum vollstreckt werden darf. Rechtsanwalt Dr. Joachim Lau aus Florenz ließ im Namen der Kläger*innen u.a. ein Konto der Deutschen Bahn AG in Italien pfänden. Auf diesem befindet sich die volle Entschädigungssumme. Über die Rechtmäßigkeit dieser Pfändung wird der Kassationshof in Rom entscheiden. Sollte er den Kläger*innen Recht geben, stünde einer Auszahlung der Entschädigungssumme nichts mehr im Wege. Die deutsche Regierung aber versucht durch politischen Druck auf Italien genau dies zu verhindern.

Das Verhalten Deutschlands im Fall Distomo zeigt, was die offizielle deutsche Erinnerungs- und Gedenkpolitik tatsächlich wert ist, nämlich nichts. Deutschland entzieht sich der Verantwortung für die Verbrechen Nazideutschlands. Anstatt die Opfer dieser Verbrechen zu entschädigen, wird die Bundeswehr weiter aufgerüstet und die nächsten Kriege werden vorbereitet. Das ist bundesdeutsche Realität.

Die Durchsetzung von Reparationszahlungen und Entschädigungsansprüchen ist nicht nur ein selbstverständlicher Akt von Gerechtigkeit. Es dient der Warnung an die heutigen Kriegstreiber, dass Völkerrechtsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit nicht mit noch so gefälligen Worten erledigt werden können, sondern dass der Schädiger – so mächtig er inzwischen sein mag – für das angerichtete Unrecht gerade stehen muss und das auch noch nach mehr als 75 Jahren.

**Sofortige Entschädigung aller Opfer des Nationalsozialismus!
Nazi-Verbrechen nicht vergeben,
den antifaschistischen Widerstand nicht vergessen!
Gemeinsamer Kampf gegen den wiedererstarkenden Faschismus in
Europa!**

AK-Distomo, Hamburg, 8.5.2019

*Über uns: Seit vielen Jahren engagiert sich der **Arbeitskreis Distomo** (AK Distomo) für die Entschädigung der Opfer der Naziverbrechen in Griechenland. Wir unterstützen aber auch die Forderung nach Reparationen und Rückzahlung der Zwangsanleihe, die Nazideutschland dem griechischen Staat während der deutschen Besatzung abgepresst hatte.*

*Unterstützung unserer Arbeit ist willkommen. Gespendet werden kann auf folgendes Spendenkonto:
Martin Klingner | Sparda Bank | IBAN: DE75 2069 0500 0001 0195 38 | BIC: GENODEF1S11
Stichwort: AK Distomo*

Kontakt Arbeitskreis Distomo, Hamburg: ak-distomo@nadir.org, <http://ak-distomo.nadir.org/>

ViSdP: Martin Klingner, Budapester Straße 49, 20359 Hamburg